Satzung
über die Entschädigung der Mitglieder des Rates,
der nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder,
sowie der Ortsräte und Ortsvorsteher
(Entschädigungssatzung)
der Stadt Bramsche
vom 10. November 2011

Aufgrund der §§ 10, 44, 55, 58, 71 und 91 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes – NKomVG – in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) hat der Rat der Stadt Bramsche in seiner Sitzung am 10.11.2011 folgende Entschädigungssatzung beschlossen:

Die in dieser Satzung verwendeten Funktionsbezeichnungen gelten in männlicher und weiblicher Form.

§ 1
Entschädigung der Ratsfrauen und Ratsherren

Die Ratsfrauen und Ratsherren erhalten zur Abgeltung ihrer Auslagen und Aufwendungen, welche im Interesse der Wahrnehmung ihres Mandats entstanden sind, sowie ihres Verdienstausfalls eine Entschädigung gemäß § 55 NKomVG in Form einer Pauschale nach § 2 und in Form von Sitzungsgeldern nach § 3.

§ 2
Pauschale Entschädigung

- (1) Die Ratsfrauen und Ratsherren erhalten eine monatliche pauschale Entschädigung in Höhe von **150, 00 €**.¹
- (2) Neben der in Absatz 1 genannten Entschädigung werden monatlich folgende funktionsbezogene Entschädigungen gezahlt:
1. an die stellvertretenden Bürgermeister	100,00 €
2. an die Vorsitzenden der Ratsfraktionen mit	
a) bis zu 10 Mitgliedern	85,00 €²
b) mit mehr als 10 Mitgliedern	125,00 €³
3. an die Beigeordneten des Verwaltungsausschusses	125,00 €⁴
- (3) Außerdem erhalten eine monatliche pauschale Entschädigung:
1. die Ortsbürgermeister in Ortschaften mit bis zu 3.000 Einwohnern	135,00 €⁵

¹ Änderungsantrag

² Änderungsantrag

³ Änderungsantrag

⁴ Änderungsantrag

bis zu 5.000 Einwohnern	145,00 €⁶
über 5.000 Einwohnern	155,00 €
2. die stellv. Ortsbürgermeister in Ortschaften mit	
bis zu 3.000 Einwohnern	30,00 €
bis zu 5.000 Einwohnern	35,00 €⁷
über 5.000 Einwohnern	50,00 €
3. die Ortsvorsteher	125,00 €⁸

§ 3 Sitzungsgeld

- (1) Die Ratsfrauen und Ratsherren, die Mitglieder der Ausschüsse, welche nicht dem Rat angehören, sowie die Mitglieder der Ortsräte, mit Ausnahme der Ortsratsmitglieder nach § 6 Abs. 3 Hauptsatzung, erhalten für jede Sitzung ein Sitzungsgeld in Höhe von **22,00 €**.⁹ Übernimmt ein anderes Mitglied während einer Sitzung die Vertretung, weil ein Mitglied die Sitzung vorzeitig verlässt, erhält diese Person kein weiteres Sitzungsgeld. Soll das Sitzungsgeld an die letztgenannte Person gezahlt werden, muss dieses von dem vertretenen Mitglied ausdrücklich der Protokollführung mitgeteilt werden.

(Bisheriger Absatz 2 wird gestrichen.)¹⁰

- (2) Für Sitzungsgelder von Fraktionssitzungen der Ratsfraktionen wird je Haushaltsjahr insgesamt höchstens das 25-fache des Betrages gewährt, der sich aus der Multiplikation des Betrages des Sitzungsgeldes mit der Mitgliederzahl der Fraktion ergibt.
- (3) Dauert eine Sitzung länger als vier Stunden, so wird ein zweites Sitzungsgeld gewährt. Bei mehreren Sitzungen an einem Tag dürfen nicht mehr als zwei Sitzungsgelder gewährt werden. Endet eine Sitzung erst nach 24.00 Uhr, so zählt sie zu dem Tage, an dem sie begonnen wurde. Finden an einem Tag mehrere unmittelbar aufeinanderfolgende Sitzungen statt, so gelten sie als eine Sitzung.
- (4) Nachweise darüber, welche Personen an einer Sitzung teilgenommen haben, sollen in der Regel spätestens bis zum 30. Tage nach der Sitzung bei der Stadt Bramsche eingereicht werden.
- (5) Für Sitzungsgelder von Fraktionssitzungen der Ortsratsfraktionen wird je Haushaltsjahr insgesamt höchstens der Betrag gewährt, der sich aus der Multiplikation des Betrages des Sitzungsgeldes für die doppelte Anzahl der Ortsratssitzungen mit der Mitgliederzahl der Fraktion ergibt.
Absatz 4¹¹ findet auf Sitzungen der Ortsräte sowie auf die Fraktionssitzungen der Ortsratsfraktionen entsprechende Anwendung.

⁵ Änderungsantrag

⁶ Änderungsantrag

⁷ Änderungsantrag

⁸ Änderungsantrag

⁹ Änderungsantrag

¹⁰ Änderungsantrag

¹¹ Redaktionelle Folgeänderung.

§ 4 Verdienstaussfall

- (1) Zum Ausgleich des infolge der Wahrnehmung des Mandats eingetretenen nachgewiesenen Verdienstaussfalls wird neben der Aufwandsentschädigung nach §§ 2 und 3 eine Verdienstaussfallentschädigung gewährt, insbesondere für die Zeit des Urlaubs für die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen in Zusammenhang mit dem Amt des Ratsmitgliedes (bis zu fünf Arbeitstage). Sie beträgt pauschal 17,00 € pro Stunde, begrenzt auf 8 Stunden pro Tag. Anspruch auf Verdienstaussfallentschädigung haben die Ratsfrauen und Ratsherren, die Ausschussmitglieder, welche nicht dem Rat angehören und die Mitglieder der Ortsräte, mit Ausnahme der Ortsratsmitglieder nach **§ 7 Abs. 3¹²** Hauptsatzung.
- (2) Bei Arbeitnehmern soll die Verdienstaussfallentschädigung zur Vermeidung von Nachteilen in der Sozialversicherung in der Weise gezahlt werden, dass der Arbeitgeber den Lohn fortzahlt und der Bruttobetrag auf Anforderung durch die Stadt an den Arbeitgeber erstattet wird. Die Entschädigung darf pro Stunde den Entschädigungssatz nach Abs. 1 nicht übersteigen.
- (2) Personen, die keinen Anspruch auf Verdienstaussfall nach Abs. 1 oder 2 geltend machen können, erhalten eine Entschädigung nach Abs. 1, wenn sie glaubhaft machen können, dass durch die Wahrnehmung ihres Mandats die Erhaltung des Einkommens oder die Sicherung des Lebensunterhaltes gefährdet ist.
- (3) Voraussetzung für die Gewährung von Verdienstaussfall ist, dass die Tätigkeit zu solchen Zeiten erfolgt, die normalerweise für eine Erwerbstätigkeit zur Verfügung stehen (Arbeitszeit bei Arbeitnehmern/Geschäftszeit bei Selbstständigen).
- (4) Ratsfrauen und Ratsherren,
 1. die einen Haushalt mit zwei oder mehr Personen führen und
 2. die keine Ersatzansprüche nach Abs. 1 – 3 geltend machen können und
 3. denen im Bereich der Haushaltsführung in der Zeit von 08.00 bis 18.00 Uhr durch die Wahrnehmung ihres Mandates ein Nachteil entsteht, der nur durch Nachholen versäumter Arbeit oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann,
 haben Anspruch auf Zahlung eines Pauschalstundensatzes in Höhe von 13,00 €. Die Nachteile sind glaubhaft darzulegen und gegebenenfalls durch Nachweise zu belegen.

§ 5 Aufwendungen für Kinderbetreuung

- (1) Die Ratsfrauen und Ratsherren, die Mitglieder der Ausschüsse, welche nicht dem Rat angehören, sowie die Mitglieder der Ortsräte, mit Ausnahme der Ortsratsmitglieder nach **§ 7 Abs. 3¹³** Hauptsatzung, die infolge ihrer Mandats Tätigkeit Vorkehrungen für die Betreuung ihrer Kinder treffen müssen, haben Anspruch auf Ersatz ihrer Aufwendungen für die Kinderbetreuung.
- (2) Anspruchsberechtigt sind lediglich Mandatsträger, bei denen Kinder vorhanden sind, die auch nicht vorübergehend für einige Stunden ohne Betreuung bleiben können. Hierbei handelt es sich i.d.R. nur um Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres. Die Notwendigkeit besonderer Vorkehrungen besteht nur, wenn die Kinder nicht anderweitig, z.B. durch weitere Familienmitglieder, betreut werden.
- (3) Aufwendungen für die mandatsbedingte Kinderbetreuung werden mit einem Betrag in Höhe von pauschal 10,00 € je Stunde entschädigt.
- (4) Aufwendungen für die mandatsbedingte Kinderbetreuung fallen nur für Fraktionssitzungen, Ausschusssitzungen, Ratssitzungen, Ortsratssitzungen und

¹² Redaktionelle Berichtigung.

¹³ Redaktionelle Berichtigung.

Sitzungen von Aufsichtsräten von Unternehmen an denen die Stadt Bramsche beteiligt ist, an.

§ 6 Fahrtkosten

Ratsfrauen und Ratsherren und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder erhalten für die Teilnahme an Sitzungen unabhängig von der Art des gewählten Verkehrsmittels eine Fahrtkostenentschädigung in Höhe von 0,30 € je zurückgelegtem km **zwischen Wohnung und Sitzungsort**¹⁴.

§ 7 Zahlungsbestimmungen

- (1) Entschädigungen werden erstmals für den Monat gezahlt, in dem die Mitgliedschaft im Rat oder in dem eine Funktion oder eine ehrenamtliche Tätigkeit begonnen hat. Entschädigungen werden letztmalig für den Monat gezahlt, in dem die ehrenamtliche Tätigkeit, die Funktion oder die Mitgliedschaft im Rat endet.
- (2) Der Anspruch auf Entschädigung entfällt für die Dauer des Ruhens des Mandats. Der Entschädigungsanspruch ist nicht übertragbar.
- (3) Die steuerliche Behandlung der nach dieser Satzung gezahlten Entschädigungen ist Sache des Empfängers.
- (4) Die pauschalen Aufwandsentschädigungen nach dieser Satzung werden unabhängig vor Beginn und Ende der kommunalpolitischen Tätigkeit jeweils für einen ganzen Kalendermonat gewährt.
- (5) Die pauschale Entschädigung, die Sitzungsgelder, Fahrtkosten, Verdienstausschlag und die Aufwendungen für Kinderbetreuung werden vierteljährlich nach Ende des abzurechnenden Quartals nach Angaben des Empfängers überwiesen.
- (6) Anspruch auf Entschädigung nach dieser Satzung besteht nur dann, wenn das Ratsmitglied, das nicht dem Rat angehörende Ausschussmitglied oder das Ortsratsmitglied an einer Sitzung teilnimmt, zu der eingeladen wurde.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.11.2011 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Bramsche über die Entschädigung der Mitglieder des Rates, seiner Ausschüsse, der Ortsräte sowie der Fraktionsvorsitzenden und der Ortsvorsteher der Stadt Bramsche vom 02.11.2006, sowie die 1. Änderungssatzung vom 11.12.2008 außer Kraft.

Stadt Bramsche, den 10. November 2011

Die Bürgermeisterin

Höltermann

¹⁴ Klarstellende Ergänzung.